



Medienmitteilung

Zürich, 9. September 2022

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 12. September 2022

Fokusthemen: **Justiz und Staatsrecht**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Wahl eines neuen AWU-Mitglieds über einen unumstrittenen Beitrag an die «Special Olympics World Winter Games 2029» befinden. Anschliessend wird der Rat über die Dringlichkeit eines Vorstosses diskutieren, mit dem eine Sistierung des Ölheizungsverbots verlangt wird. Auch zu reden geben dürfte eine Einzelinitiative, mit der ein Modellversuch zum bedingungslosen Grundeinkommen gefordert wird. Bis zum Sitzungsende stehen schliesslich Vorstösse auf dem Programm, welche die Direktion der Justiz und des Innern betreffen.

Nicht behandelt wird am Montag das Traktandum 4, eine dringliche Interpellation von EDU-Kantonsrat Hans Egli zu einer möglichen Strommangellage ([KR-Nr. 273/2022](#)), da die Antwort des Regierungsrates noch nicht vorliegt.

1,8 Millionen Franken für Special Olympics Winterspiele 2029

Keine lange Diskussion dürfte es bei der Unterstützung für das Projekt «Special Olympics World Winter Games 2029 – Host Town Programm und Eröffnungsfeier» geben. Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, einen Beitrag von 1,8 Millionen Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds an die Stiftung Special Olympics Switzerland zu genehmigen ([5785](#)). Die Winterspiele sind aus der Special Olympics International hervorgegangen, der weltweit grössten Sportbewegung für Menschen mit einer geistigen oder mehrfachen Beeinträchtigung. Der Beitrag aus dem Fonds wird ausschliesslich für die im Kanton Zürich stattfindenden Projektteile und Aktivitäten verwendet.

FIKO-Präsident: Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50

Sistierung des Ölheizungsverbots gefordert

Mit der vom Stimmvolk angenommenen Änderung des Energiegesetzes müssen Öl- und Gasheizungen künftig am Ende ihrer Lebensdauer durch klimaneutrale Heizungen ersetzt werden. Wegen der drohenden Strommangellage fordert SVP-Kantonsrat Christian Lucek, das Ölheizungsverbot zu sistieren ([KR-Nr. 292/2022](#)). Bei der Behandlung des Vorstosses wird es aber nicht um die Sache gehen, sondern nur um die Frage, ob das Postulat dringlich erklärt wird. Dies ist der Fall, wenn sich mindestens 60 Ratsmitglieder dafür aussprechen. Der Regierungsrat hätte dann fünf Wochen Zeit für eine Stellungnahme. Anschliessend würde der Rat definitiv über die Überweisung des Postulates entscheiden.

Christian Lucek (SVP, Dänikon), 079 402 31 41

Modellversuch zum bedingungslosen Grundeinkommen

Mit einer Einzelinitiative fordert ein ehemaliger SP-Kantonsrat aus Regensdorf die Durchführung eines Modellversuchs im Kanton Zürich, mit dem die Auswirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens auf Gesellschaft, Wirtschaft und Staat analysiert werden sollen. Anschliessend sollen die Erkenntnisse öffentlich publiziert werden. Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 5 Stimmen, die

Einzelinitiative abzulehnen ([5732](#)). In der Schweiz, so die Kommissionsmehrheit, bestehe aufgrund des gut funktionierenden Sozialsystems kein Bedürfnis nach alternativen Modellen. Zudem könnten mit dem bedingungslosen Grundeinkommen falsche Signale im sozialstaatlichen Bereich gesendet werden. Eine Minderheit aus SP und Grünen unterstützt die Einzelinitiative. Sie erachtet das Modell des bedingungslosen Grundeinkommens als prüfungswert und möchte, dass empirische Daten dazu gesammelt werden.

STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76
Minderheit: Isabel Bartal (SP, Zürich), 079 400 43 49

Vorstösse zu LGBTI-feindlichen Aggressionen, Kultur für alle und illegale Adoptionen

In der verbleibenden Sitzungszeit wird sich der Kantonsrat Vorstössen widmen, welche die Direktion der Justiz und des Innern betreffen. Lediglich eine Diskussion im Rat wird es zu den Antworten des Regierungsrates auf die Fragen von SP-Kantonsrätin Leandra Columberg zu LGBTI-feindlichen Aggressionen geben ([KR-Nr. 172/2019](#)). Mit der Diskussion ist das Geschäft erledigt. SP-Kantonsrat Tobias Langenegger will mit seinem Postulat vom Regierungsrat wissen, wie vom Kanton unterstützte kulturelle Institutionen den Zugang zur Kultur für alle statt für wenige fördern ([KR-Nr. 116/2020](#)). Und SP-Kantonsrätin Sibylle Marti fordert mit Unterstützung von GLP, Grünen, Mitte und EVP eine historische Aufarbeitung der Umstände rund um die illegalen Auslandsadoptionen seit den 1960er-Jahren ([KR- Nr. 155/2020](#)).

Leandra Columberg (SP, Dübendorf), 078 683 61 47
Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50
Sibylle Marti (SP, Zürich), 078 850 83 19

Personelles:

Zu Beginn der Sitzung steht am Montagmorgen die Wahl eines neuen Mitglieds der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU) an. Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) schlägt Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) als Nachfolger von Benjamin Walder vor ([KR-Nr. 289/2022](#)). Der Wahlvorschlag ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Bischoff (AL, Zürich), 079 211 81 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:
Esther Guyer, Kantonsratspräsidentin, 079 699 13 45
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12